

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995



Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- Drucksachen 11/7500 und 11/7970 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 10 wird in der vom Ausschuß geänderten Fassung zugestimmt.

Bericht

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Kapitel des Einzelplans 10 in seiner Sitzung am 01. Dezember 1994 abschließend beraten und abgestimmt.

Die eingereichten Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 3.

Die Änderungsanträge der Fraktionen wurden einzeln abgestimmt. Das jeweilige Abstimmungsergebnis zu den Anträgen ist den Anlagen 1 bis 3 zu entnehmen.

Ergebnis der Beratungen

In der Schlußabstimmung wurde den Kapiteln des Einzelplans 10 in der vom Ausschuß geänderten Fassung mit den Stimmen der SPD-Fraktion, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt.

Heinrich Kruse
Vorsitzender

Lfd. Nr.	Antragsstellende Fraktion	Seite, Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
1	CDU	<p>Seite 126, Kapitel 10 040 Titel NEU</p> <p>Agrarmarketinggesellschaft für Nordrhein-Westfalen</p> <p>Neu-Ansatz: 500.000 DM Deckungsvorschlag: aus Titel 685 61, Kürzung der Mittel für die AGM um 500.000 DM</p> <p>Begründung: In Nordrhein-Westfalen soll eine Agrarmarketinggesellschaft nach baden-württembergischen Vorbild eingerichtet werden, da die AGM die Aufgaben des Agrarmarketings sowie der Verbesserung der vertikalen Integration innerhalb der Ernährungswirtschaft nur unzulänglich wahrnimmt. Die Auswirkungen der EG-Agrarreform und der verschärfte Wettbewerbsdruck auf nationaler Ebene sowie im europäischen Binnenmarkt erfordern eine konzentrierte Aktion aller in Nordrhein-Westfalen mit der Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung, dem Handel und dem Verbrauch von Agrarerzeugnissen befaßten Verbände und Organisationen. Die Erschließung wesentlicher Einkommens-potentiale über Marktanteile und Marketingstrategien sowie das Hinweisen des Verbrauchers auf die hervorragende Qualität von in Nordrhein-Westfalen erzeugten Spezialitäten erfolgt bisher nur ansatzweise und unkoordiniert. Die nordrhein-westfälischen Anbieter benötigen kreative Unternehmens- und Absatzstrategien. Hierbei sind die Umsetzung neuer Marketingmodelle zur Unterstützung der Marktanpassung gefordert sowie die vertikale Kooperation von Verkaufsförderung und Werbung. Gemeinschaftswirksame Aktivitäten und Ausstellungen und Fachmessen, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten und Produktinformationen müssen realisiert werden. Dabei spielt die Kennzeichnung der regionalen Herkunft und Qualität eine zentrale Rolle. Einer Flut von für den Verbraucher unüberblickbaren Herkunfts- und Qualitätszeichen muß einerseits vorgebeugt werden, andererseits muß das positive Image von Produkten aus den nordrhein-westfälischen Regionen stärker als bisher genutzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Ent- haltung GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr.	Antragsstellende Fraktion	Seite, Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
2	CDU	<p>Seite 116, Kapitel 10 030 TG 82</p> <p>Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>Antrag: Änderung der Verwendungszwecke der Mittel in der TG 82, Hier: Erhöhung des Ansatzes für Vertragsnaturschutz um 8 Mio. DM</p> <p>Deckung: Kürzung der Mittel für Ankauf von Flächen für den Naturschutz um 5 Mio. DM, Kürzung der Mittel für Landschaftspläne um 3 Mio. DM</p> <p>Begründung: 1993 hat Minister Matthiesen erklärt, daß zukünftig durch die Mitfinanzierung der EU wesentlich mehr für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen getan werden könne. Tatsächlich aber wurden die in der TG 82 für Naturschutz und Landschaftspflege zur Verfügung stehenden Mittel von 84 Mio. DM im Jahr 1993 auf 66 Mio. DM im Jahr 1994 gekürzt. Der Ansatz von 1994 soll 1995 beibehalten werden. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, daß die Mittel besser eingesetzt werden, wenn sie für den Abschluß von Pflegeverträgen eingesetzt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Ent- haltung GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr.	Antragsstellende Fraktion	Seite, Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
3	CDU	<p>Seite 142, Kapitel 10 050 TG 65</p> <p>Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung</p> <p>Ansatz: 20 Mio. DM Erhöhung: 2 Mio. DM</p> <p>Deckungsvorschlag: Einsparung in Kapitel 10 020 (Allg. Bewilligungen) z.B. in Titel 531 11 Öffentlichkeitsarbeit, Titel 531 12 Veröffentlichungen und Dokumentationen sowie Titel 541 10 Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe</p> <p>Begründung: Die Mittel für die naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung nach § 93 LWG wurden bereits im vergangenen Jahr erheblich gekürzt und sollen lt. Ansatz 1995 um eine weitere Million gekürzt werden. Bereits in diesem Jahr hat sich gezeigt, daß die Mittel bei weitem nicht ausreichend sind und die Unterhaltung der Gewässer nicht so durchgeführt werden kann, wie es eigentlich notwendig wäre.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr.	Antragsstellende Fraktion	Seite, Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
4	CDU	<p>Seite 98, Kapitel 10 030 Titel 681 10</p> <p>Ausgleichszahlungen für einen soziostrukturellen Einkommensausgleich</p> <p>Ansatz: 0 DM Erhöhung: 21,5 Mio. DM</p> <p>Deckungsvorschlag: Umschichtungen im Landeshaushalt (wird im Finanzausschuß erläutert)</p> <p>Begründung: Der soziostrukturelle Einkommensausgleich wird vom Bund 1995 letztmalig gezahlt. Der Landesanteil beträgt für 1995 rund 21,5 Mio. DM. Die CDU-Fraktion fordert die Auszahlung des Landesanteils zumal die Landesregierung sich stets für die direkte Einkommensübertragung ausgesprochen hat.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
5	CDU	<p>Seite 86, Kapitel 10 030 Einnahmen</p> <p>Verkauf von Staatsforst Schaffung einer neuen Haushaltsstelle</p> <p>Ansatz: 0 DM Erhöhung: 10 Mio. DM</p> <p>Begründung: Mit Schaffung dieser neuen Haushaltsstelle soll nach außen hin ein Signal gesetzt werden, daß das Land bereit ist, Staatsforst zu veräußern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Ent- haltung GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr.	Antragsstellende Fraktion	Seite, Kapitel Titelgruppe/Titel	Abstimmungs- ergebnis
6	CDU	<p>Seite 179, Kapitel 10 080 TG 64</p> <p>Einzelbetriebliche Maßnahmen</p> <p>Ansatz: 79.118.000 DM Erhöhung: 10.882.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: Umschichtungen im Landeshaushalt (wird im Finanzausschuß erläutert)</p> <p>Begründung: Aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft und notwendiger Investitionen in den wachsenden Betrieben sollte zumindest das Vorjahresniveau in Höhe von 90 Mio. DM erhalten bleiben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Ent- haltung GRÜNE nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
zum Einzelplan**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	GRÜNE	<p>Machbarkeitsstudie und "runder Tisch" für die Einrichtung einer Zellstoffproduktion in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Neueinrichtung</p> <p>Neuansatz: 1.500.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 0,5 Mio. DM Kapitel 10 260 Titel 538 10 812 "Software-Beschaffung" 1,0 Mio. DM Kapitel 10 260 Titel 812 10 812 "Erwerb von ADV-Geräten"</p> <p>Begründung:</p> <p>Die wirtschaftliche Lage der Forstwirtschaft hat sich in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert.</p> <p>Der Holzmarkt als die Haupteinnahmequelle der Forstbetriebe hat sich seit den Stürmen 1990/91 immer noch nicht wieder erholt. Die Preise für Langholz haben das damalige Niveau bislang nicht wieder erreicht. Bei steigenden Betriebskosten führt diese Situation früher oder später zum betrieblichen Ruin. Und ohne wirtschaftsfähige Betriebe ist weder eine nachhaltige Bewirtschaftung noch die notwendige Waldpflege aufrechtzuerhalten.</p> <p>Seit der Jaako Pöyry-Studie (aus dem Jahr 1990) ist bekannt, daß in Nordrhein-Westfalen nur 50% des Holzzuwachses genutzt werden. Dem jährlichen Zuwachs von 7,2 Efm/ha stehen nur 3,66 Efm/ha in der jährlichen Nutzung gegenüber. Damit erreicht der nordrhein-westfälische Forst das bewährte waldwirtschaftliche Nachhaltigkeitsprinzip - nur soviel einzuschlagen wie in einer Vegetationsperiode nachwachsen kann - nicht annähernd.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein Enthaltung nein ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Ein Blick in die Holzbilanz vermittelt ferner, daß im Untersuchungsraum der Jaako Pöyry-Studie (NRW und angrenzende Länder) 14,68 Mio m³ f o.R. als Stammholz, Industrieholz und Industrierestholz verbraucht wurden, der Einschlag jedoch nur 12,34 Mio m³ f o.R. erreichte, also somit ein Netto-Holzimport in Höhe von 2,34 Mio m³ f o.R. bezogen auf die im Untersuchungsraum vorhandene Holzverarbeitungsindustrie besteht. Anders ausgedrückt verdrängt der Holzimport in einer Größenordnung von etwa 19% zusätzliches Einschlagspotential in den nordrhein-westfälischen Wäldern.</p> <p>Dabei steht die hiesige Holzindustrie zudem unter zunehmendem Wettbewerbsdruck insbesondere aus den skandinavischen Ländern und aus Osteuropa. Dies gilt vor allem für minderwertiges Paltenholz u.ä.. Weiterhin macht sich das Fehlen einer Zellstoffindustrie durch Zellstoffimporte aus Skandinavien und Übersee bemerkbar. Beide Aspekte verringern die ökonomische Verwertbarkeit von minderwertigem Holz und von Schwachholz aus den nordrhein-westfälischen Wäldern.</p> <p>Der Aufbau einer eigenen Zellstoffproduktion in Nordrhein-Westfalen ist daher sowohl aus grundsätzlichen ökologischen wie ökonomischen Gründen sinnvoll.</p> <p>Da jedoch die Produktion von Zellstoffen einerseits zu verschiedenen, z.T. erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt führen und andererseits wiederum regionsspezifische Disparitäten hervorrufen kann, ist zur Vorbereitung der möglichen Ansiedlung einer Zellstoffproduktion in Nordrhein-Westfalen die umfassende Prüfung der unterschiedlichen Gesichtspunkte unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich.</p> <p>Zu diesem Zweck wird eine Machbarkeitsstudie unter Beteiligung eines "runden Tisches" (Gegenstrom-Prinzip) eingerichtet und aus Landesmitteln finanziert.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Prämissen für diesen Prozeß sind <ul style="list-style-type: none"> - die gleichrangige Berücksichtigung aller Holzregionen in Nordrhein-Westfalen für die Zulieferung und - die Umweltverträglichkeit des Produktionsprozesses sowie der Produktionsstandorte. 	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	GRÜNE	<p>Verarbeitungs- und Vermarktungsinitiativen für landwirtschaftliche Produkte aus Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz</p> <p>Neueinrichtung</p> <p>Neuansatz: 20.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 6 Mio. DM Kapitel 10 030 Titel 683 82 185 "Zuschüsse (an private Unternehmen) 4 Mio. DM Kapitel 10 030 Titel 685 82 185 "Zuschüsse" 10 Mio. DM Kapitel 10 080 Titelgruppe 63 "Dorferneuerung"</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Konzeption der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur weiteren Entwicklung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz geht im Kontext entsprechender europa- und bundesweiter Strategien allen gegenläufigen Stellungnahmen zum Trotz von einer Trennung der Wirtschaftsfunktionen einerseits und der Landschaftspflegefunktionen von Landwirtschaft andererseits aus.</p> <p>Auf dieser Grundlage werden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes NRW Bewirtschaftungsaufgaben auf dem Wege von Schutzgebietsverordnungen sowie durch vertragliche Vereinbarungen ausgesprochen und durch Entschädigungsleistungen ausgeglichen. Die Finanzierung dieser Entschädigungsleistungen erfolgt zu 50% aus Mitteln der EG in Ausführung der EG-VO 2078 "Umweltgerechte landwirtschaftliche Produktionsverfahren".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Diese Zuschüsse werden flächenbezogen ausgezahlt, um jeweils auf diesen Flächen lebende spezifische Lebensgemeinschaften zu schützen. Für die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe resultiert daraus i.d.R. eine zweigleisige Bewirtschaftung, da die Entschädigungsleistungen nicht ausreichen, um den gesamten Betrieb "umzustellen". Dies gilt sinngemäß auch für größere landschaftliche Zusammenhänge (Regionen). Bisher wurde diese Ausgangssituation vorrangig durch Ankauf und/oder Arrondierung der "naturschutzwürdigen Flächen" (z.B. im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren etc.) gelöst. Aus dem Erwerb solcher Flächen durch die öffentliche Hand resultiert(e) wiederum das Problem der Sicherstellung der "richtigen Pflege". Inzwischen hat sich weitestgehend die Erkenntnis durchgesetzt, daß allein die Landwirte die sachlich-fachlichen Voraussetzungen dazu mitbringen und zudem derartige Leistungen durch Gewerbebetriebe nicht finanzierbar sind. Ungelöst ist bislang jedoch das Problem der sinnvollen Verwertung von aufwachsender Biomasse solcher Flächen: In der herkömmlichen Produktion ist sie i.d.R. nicht unterzubringen und für eine eigenständige Produktion fehlt sowohl einzelbetrieblich wie regional der nötige Zusammenschluß.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist es zur Qualifizierung der nordrhein-westfälischen Naturschutzpolitik notwendig, deren Widersprüche aufzulösen und die Naturschutzprogramme vorrangig betriebsbezogen anzubieten und darüber hinaus regional so zusammenzufassen und zu bündeln, daß eigenständige Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufgebaut werden können. Mit einer spezifischen Kennzeichnung versehen können die Erzeugnisse aus diesen Regionen für die Verbraucher nachvollziehbar gemacht werden (z.B. "Naturschutzmilch aus der Eifel") und auf diese Weise die nötige ökonomisch Absicherung der naturschutzverträglichen Produktion ermöglichen. Perspektivisch soll der Verkaufspreis sämtliche Aufwendungen decken.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Ausgangspunkte für diesen neuen Naturschutzweg sind die Gebiete des Feuchtwiesenschutzprogramms und des Gewässerauenprogramms sowie des Mittelgebirgs- und des Ackerrandstreifenprogramms.</p> <p>Da mit dieser Neuausrichtung der Naturschutzpolitik zugleich wieder eine ökonomische Grundlage zur Wiederbelebung der Dörfer geschaffen wird erfolgt eine anteilige Deckung dieses Haushaltes aus Mitteln der Dorferneuerung.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	GRÜNE	<p>Gruppenbetriebliche Förderung in Verbindung mit der Schaffung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungseinheiten</p> <p>Neueinrichtung:</p> <p>Neuansatz: 20.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 15 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 030 Titel 683 20 532 "Prämien für Maßnahmen zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung" 1 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 030 Titel 892 66 522 "Zuschüsse (an private Unternehmen)" 4 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 080 Titel 892 65 523 "Zuschüsse (an private Unternehmen)"</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Die Landwirtschaft befindet sich unter dem Druck der Welthandelsbeziehungen, der EG-Agrarreform und der bundespolitischen Leitlinie zur Herausbildung in diesem Kontext wettbewerbsfähiger Betriebe in einem Strukturwandelprozess kaum vorstellbarer Ausmaße. Begünstigt wird dieser Strukturwandel durch die Angleichung der neuen Bundesländer mit großen Produktions- und Verarbeitungsunternehmen. In vielen der "1000-Hektar-Betriebe" wird nunmehr unmittelbar eine Verarbeitungs- und Vermarktungseinheit angeschlossen, die jene Betriebe in die Lage versetzt, aus eigener Kraft die gesellschaftlich-ökologische Regionalisierung der Produktion einzuleiten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Es zeichnet sich ab, daß die Betriebsgrößen nordrhein-westfälischer Prägung mit dieser Entwicklung nicht mithalten und dem ökonomischen Druck einer kostengünstigeren Produktion in den Großstrukturen nicht standhalten können. Zwangsläufig werden sich auch in Nordrhein-Westfalen solche Großstrukturen in der Hand eines Unternehmens herausbilden, ohne daß damit der Aufbau einer regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsebene einhergeht. Vielmehr wird die Produktion in die zentralen Verarbeitungseinheiten abgeführt. Diese Entwicklung ist weder arbeitsmarktpolitisch noch ernährungspolitisch noch verbraucherpolitisch noch regionalpolitisch noch umweltpolitisch sinnvoll.</p> <p>Es gilt, die noch kleinteiligeren Strukturen in der landwirtschaftlichen Produktion Nordrhein-Westfalens zu erhalten und ihnen die Möglichkeit zu einer wettbewerbsfähigen Entwicklung zu verschaffen.</p> <p>Statt der bisherigen einzelbetrieblichen Förderung ist daher vorrangig eine gruppenbetriebliche Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen erforderlich. Mit dieser gruppenbetrieblichen Förderung sind Zusammenschlüsse bäuerlicher Betriebe zur Schaffung dezentraler, regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungseinheiten wie Molkereien, Käseereien, Schlachthöfe, Brauereien etc. zu unterstützen. Förderkriterien müssen u.a. die regionale und landschaftliche Integration sowie die Gewährleistung kurzer Transportwege sein. Darüber hinaus müssen die betrieblichen Fördermerkmale die Anforderungen der EG-VO 2078/92 erfüllen, so daß eine 50%ige Mitfinanzierung aus Mitteln der EG für die Extensivierung und Umstellung der Erzeugung gewährleistet werden kann.</p> <p>Aus fördertechnischen Gründen ist die Förderung produktionsbezogen und betriebsbezogen zu gewähren und zugleich an die Investition in gruppenbetriebliche Einrichtungen zur Verarbeitung und Vermarktung zu koppeln.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	GRÜNE	<p>Tierschutzbeauftragte und Tierschutzkampagne</p> <p>Neueinrichtung</p> <p>Neuansatz: 0,6 Mio. DM Tierschutzbeauftragte 2.000.000 DM Tierschutzkampagne</p> <p>Deckungsvorschlag: 2,6 Mio. DM Kapitel 10 020 Titelgruppe 71 "Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke"</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Der Tierschutz erlangt insbesondere vor dem Hintergrund einer immer weiter umschgreifenden agrarindustriellen Produktion eine ständig steigende Bedeutung. Dieser Bedeutung wird die bislang bestehende Beschränkung einer formalen Einbindung des Tierschutzes in das Verwaltungs- und Politikgeschehen auf den Tierschutzbeirat in keiner Weise gerecht.</p> <p>Zugleich sieht sich ein Bundesland ohne Schaffung einer verwaltungsrechtlichen sowie einer politisch-öffentlichen Lobby in Tierschutzfragen der in vielen Tierschutzfragen (z.B. Tiertransporte) rahmengebenden EG- und Bundespolitik ausgesetzt.</p> <p>Der Haushaltsansatz "Tierschutzbeauftragte" dient daher der Schaffung von jeweils einer Personalstelle auf Landesebene (MURL) sowie auf der Ebene der Regierungspräsidenten mit dem Ziel, auf diesen Ebenen die behördlichen Tierschutzaufgaben zu koordinieren, die Arbeit des Tierschutzbeirates zu unterstützen und die Tierschutzbelange in die diversen Gesetze und Richtlinien einzubringen. Darüber hinaus soll den Tierschutzbeauftragten die Durchführung und Koordination einer mehrjährigen gezielten Kam-</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein/1 x ja F.D.P. Enthaltung GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>pagne obliegen. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die Schaffung einer politisch-öffentlichen Lobby gegenüber der rahmengebenden EG- und Bundespolitik gelegt werden.</p> <p>Die Deckung dieses Titels aus Mittel der Titelgruppe "Tiergesundheit, veterinärbehördliche Zwecke" ist aufgrund ihres langfristig vorbeugenden Charakters gerechtfertigt und wird auf Sicht die Kosten für die Tierbehandlung verringern.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	GRÜNE	<p>Kampagne Regional-Ökologische Vermarktung (RÖV)</p> <p>Neueinrichtung</p> <p>Neuansatz: 3.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 2,0 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 040 Titel 685 61 523 "Zuschüsse für die Verbraucher- (Ernährungs- und Umwelt-)beratung und für die Absatzwerbung nordrhein-westfälischer Agrarprodukte</p> <p>1,0 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 030 Titelgruppe 67 "Sonstige einzelbetriebliche Investitionen und Maßnahmen"</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Verunsicherung der Verbraucher über die Qualität der Nahrungsmittel nimmt im Zuge anhaltender Lebensmittelskandale ständig zu. Ein wesentlicher Grund für die Verunsicherung der Verbraucher ist die abnehmende Transparenz über die Zusammenhänge in der Lebensmittelproduktion und über die Orte und Bedingungen der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung. Diese Situation begünstigt zahlreiche Betrügereien. Da ein aufwendiges staatliches Kontrollsystem weder handhabbar noch aus öffentlichen Mitteln finanzierbar und somit nicht anzustreben ist, liegt die Auflösung dieser Misere allein in der Wiederherstellung einer größeren sozialen Kontrolle durch die Verbraucher selbst.</p> <p>Sowohl Transparenz und Nachvollziehbarkeit als auch die soziale Kontrolle sind vor allem "durch Nähe" herzustellen. Produktion,</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Verarbeitung und Vermarktung im regionalen Zusammenhang ermöglichen jederzeit Einblickmöglichkeiten in landwirtschaftliche Betriebe sowie Verarbeitungs- und Vermarktungsstätten für die Verbraucher und bieten daher eine Gewähr für ehrliche Erzeugnisse und somit die Möglichkeit zu einer bewußten Kaufentscheidung für ökologische Produktqualitäten.</p> <p>Die Kampagne Regional-Ökologische Vermarktung soll bereits bestehende regional-ökologische Vermarktungsinitiativen unterstützen und einer breiten Öffentlichkeit transparent machen und zugleich weitere derartige Initiativen fördern.</p> <p>Mit dieser Kampagne wird die Wiederherstellung bzw. Schaffung regionaler Wirtschaftszusammenhänge angestoßen und damit der Weg zu einer eigenständigen Regionalentwicklung eingeleitet.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	GRÜNE	<p>Schaffung regionaler Wirtschaftsräume</p> <p>- Vorbereitende Studie unter Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen -</p> <p>Neueinrichtung: Kapitel 10 070 Titel 537 00</p> <p>Neuansatz: 2.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 2,0 Mio. DM</p> <p>Kapitel 10 080 Titelgruppe 63 "Dorferneuerung"</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Die Gesamtwirtschaft Nordrhein-Westfalens ist im Sinne der Welthandels-, der EG- wie auch der Bundespolitik auf Exportproduktion ausgerichtet. Exportproduktion bedeutet i.d.R. Massen- und Billigproduktion, da die Erzeugnisse in Konkurrenz zu Produktion treten müssen, die unter schlechteren ökologischen und sozialen Standards hergestellt werden und somit kostengünstiger sind. Neben solchermaßen industrialisierter Produktion können in wenigen Nischen lediglich besondere Erzeugnisse und deren Wirtschaftsstrukturen bestehen. Vor allem für die Produkte des Grundbedarfes bedeutet diese Situation jedoch ständig sinkende Qualität für die Produkte sowie ständig steigende Umweltbelastungen einerseits sowie ständig sinkende Existenzchancen für eine ökologisch und sozial verträgliche Produktion andererseits.</p> <p>Dieser, letztendlich auch vor dem Hintergrund einer steigenden Arbeitslosigkeit für die Gesamtgesellschaft fatalen Entwicklung kann nur durch die Wiederherstellung eigenständiger regionaler</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein/1 F.D.P. haltung GRÜNE nein ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Wirtschaftsräume gegengesteuert werden. Die Schaffung regionaler Wirtschaftsräume ist dabei auf die Wiederherstellung existenzsichernder Erträge für die regionale Wirtschaft ausgerichtet und muß zahlreiche Lenkungs- (z.B. Abgabensysteme) und Förderinstrumentarien beinhalten.</p> <p>Mit einer umfassenden Studie zur Schaffung regionaler Wirtschaftsräume unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen sollen die dazu erforderlichen politischen Handlungsmöglichkeiten aufbereitet werden.</p> <p>Aufgrund der hohen Bedeutung für die strukturelle Erneuerung der Dörfer und der Wiederherstellung deren wirtschaftlicher Bedeutung als Produktionsort und Arbeitsplatz erfolgt die Deckung dieses Haushaltsansatzes aus dem Titel "Dorferneuerung"</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	GRÜNE	<p>Stadt-Land-Abwasser-Ausgleichsfonds (1) und</p> <p>Förderung naturnaher, dezentraler Abwasseraufbereitungsanlagen (2)</p> <p>Neueinrichtung</p> <p>Neuansatz: 500.000 DM sowie 5.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 5,5 Mio. DM Kapitel 10 050 Titelgruppe 68 "Abwassermaßnahmen"</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>zu 1.:</p> <p>Die Abwassergebühren haben die Zumutbarkeitsgrenze zumindest in einigen Regionen unseres Landes längst überschritten.</p> <p>Die bedenkenlose Vermischung unterschiedlichster Abwasserqualitäten von häuslichen Abwässern, Regenwasser von Dächern, Regenwasser von Straßen und Plätzen, gewerblichen Abwässern unterschiedlichster Zusammensetzung hat insgesamt eine, chemikalisch ebenso höchst interessante wie undefinierbare Mixtur entstehen lassen. Vor diesem Hintergrund und im Zusammenwirken mit ständig neuinzukommenden Abwasserarten aus neuen industriell-gewerblichen Verfahrenstechniken und auch aus häuslichen Arbeitsprozessen sind die Anforderungen an die Klärtechnik ständig gestiegen. In der unvermeidlichen Konsequenz dieser klassischen Form der end-of-the-pipe-Umweltpolitik bedeutete dies eine permanente technische Aufrüstung der Kläranlagen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Die technischen, an den städtischen Verhältnissen abgeleiteten Standards an die Abwasserreinigung werden auch für den ländlichen Raum festgeschrieben und damit dessen Kostenbelastung unverhältnismäßig vorangetrieben.</p> <p>Ein Blick auf die Gewässergütekarte des Landes Nordrhein-Westfalen verdeutlicht die absurde Abwasserpolitik unseres Landes, die die wahren Gegebenheiten auf den Kopf stellt: Während die Fließgewässer in der sogenannten Vorflut der genannten ländlichen Regionen durchweg Güteklassen aufweisen, die bestenfalls mäßig belastet, zumeist jedoch gering oder sogar unbelastet sind, stellt sich die Vorflut der benannten Ruhrgebietsstädte als "übermäßig verschmutzt" dar.</p> <p>Es bedarf also einer grundlegenden Neuorientierung in der Abwasserpolitik und insbesondere einer verursachergerechten Kostenentlastung des ländlichen Raumes.</p> <p>Neben zahlreichen Möglichkeiten der Vermeidung von Abwasserentstehung (Stichworte Brauchwassernutzung und Regenwasserversickerung) und einer nach Abwasserarten getrennten Aufbereitung des Abwassers nahelegen ist insbesondere ein Stadt-Land-Abwasser-Ausgleichsfonds erforderlich. Dieser Fonds muß eine gerechte Kostenverteilung zwischen Stadt und Land zum Ziel haben.</p> <p>Für die Entwicklung der Modalitäten und einer Beschlußgrundlage zur Schaffung eines entsprechenden Gesetz für einen Stadt-Land-Abwasser-Ausgleichsfonds wird eine Studie mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von 0,5 Mio. DM erstellt.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>zu 2.:</p> <p>Nicht kanalisierte Ortsteile, Streusiedlungen und Einzelgehöfte werden mit der bisherigen Abwasserpolitik nicht erreicht oder durch Anschlußzwang an zentrale Einheiten und für den Bau von Anschlußsammlern, Druck- oder Pumpentwässerung mit hohen Kosten belastet.</p> <p>Dezentrale, naturnahe Klärverfahren wie Klärteiche, Schilf- und Binsenbeete (Prinzip Wurzelraumverfahren) sind sowohl hinsichtlich des Naturhaushaltes bezogen auf die Reinigungsleistung als auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit bezogen auf die Erstellungs- und Betriebskosten die geeignete Alternative.</p> <p>Der veranschlagte Mittelansatz soll private Investitionen in solche Abwasserverfahren durch die Bereitstellung von Fördergeldern unterstützen.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	GRÜNE	<p>Einrichtung einer Versiegelungsabgabe und Schaffung natürlicher Hochwasserfluträume</p> <p>Neueinrichtung: Neuansatz: 200.000.000 DM</p> <p>Deckungsvorschlag: 200 Mio. DM Einrichtung einer Versiegelungsabgabe</p> <p>Erläuterungen: Die Hochwassergefahren nehmen ständig zu. Ursache dafür sind die Einengung der natürlichen Fluträume der Fließgewässer und die Beseitigung deren natürlicher Rückhalteräume einerseits sowie die ständig zunehmende Flächenversiegelung und die verringerte Aufnahmefähigkeit der landwirtschaftlichen Böden aufgrund einer fast vollständigen Verdrängung der Humuswirtschaft durch die Mineraldüngerwirtschaft andererseits.</p> <p>Sinnvolle Konzepte zur Wiederherstellung oder Schaffung natürlicher Fluträume für die Fließgewässer scheitern häufig an fehlenden Finanzmitteln.</p> <p>Die Einrichtung einer obligatorischen Versiegelungsabgabe in der Größenordnung von DM 5,- je Quadratmeter inanspruchnehmener unverbauter Bodenfläche soll die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für diese Zwecke ermöglichen und zugleich die Flächenversiegelung unmittelbar mit den daraus resultierenden Folgewirkungen bzw. mit konkreten Möglichkeiten zu deren Milderung koppeln. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Netto-Neuversie-</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>gelung in Nordrhein-Westfalen in der Größenordnung von 4000 Hektar im Jahr (lt. Statistischem Jahrbuch für Gebäude- und Freiflächen, Betriebs- und Verkehrsflächen) ergibt sich ein verfügbares Investitionsvolumen in Höhe von 200 Mio. DM. Die Abgabe wird mit Erteilung der Baugenehmigung fällig.</p>	

Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtages
-Anlage zu den Vorlagen 11/3429
11/3430

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1995

Einzelplan 10 : Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Anlage:

Änderungen in den Haushaltsansätzen

Haushalt 1995

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	bisheriger Ansatz DM	Erhöhung Herabsetzung		neuer Ansatz DM
			(+)	(-)	
10010	Ministerium				
	Titelgruppe 60				
	Datenverarbeitung und Bürokom- munikation (BK)				
538 60 011	Ausgaben für Datenverarbeitung	1.180.000	-400.000		780.000
10020	Allgemeine Bewilligungen				
	Titelgruppe 66				
	Ökologische Stadt/Ökologisches Dorf der Zukunft				
653 66 529	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.550.000	-400.000		2.150.000
	<u>Anderung der Erläuterung:</u>				
	Neuer Text:				
	Ökologische Stadt... <u>2.080.000 DM</u>				
	Ökologisches Dorf... <u>70.000 DM</u>				
	Zusammen:				<u>2.150.000 DM</u>

Haushalt 1995

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	bisheriger Ansatz DM		Erhöhung Herabsetzung (+) (-) DM		neuer Ansatz DM
10030	Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft Naturschutz und Landschaftspflege					
	Titelgruppe 75					
	Forstwirtschaft					
683 75	<u>Zuschüsse</u>	1.050.000		0		1.050.000
529	<u>Änderung der Erläuterung der Titel 681 75 und 683 75:</u> Neuer Text:					
	a) Aufgrund des Landesforstgesetzes vom... (Text wie bisher)... bzw. zum Schutz- oder Erholungswald - § 51 Abs.3 LFOG <u>2.220.000 DM</u>					
	b) Zur anteiligen Finanzierung der Stelle <u>eines" Fachberaters Holz" im Holz - und Touristikzentrum Schmallebenberg an den Förderverein Forst & Holz mit Sitz in Schmallebenberg.....30.000 DM</u>					
	Zusammen:					2.250.000 DM

Haushalt 1995

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	bisheriger Ansatz DM		Erhöhung Herabsetzung (+) (-)		neuer Ansatz DM
10060	Immissionschutz					
<u>531 00</u>	<u>Kosten für Veröffentlichungen,</u>		0		0	
<u>254</u>	<u>Dokumentationen und Öffentlichkeits-</u> <u>arbeit</u>					
	<u>Haushaltsvermerk:</u>					
	<u>1.</u>					
	<u>Ausgaben dürfen bis zur Höhe von</u>					
	<u>4,0 Mio DM aus den in Kapitel 20 020</u>					
	<u>Titel 531 00 veranschlagten Verstärk-</u>					
	<u>ungsmitteln geleistet werden.</u>					
	<u>2.</u>					
	<u>Die Ausgaben von 4,0 Mio DM dürfen</u>					
	<u>bis zur Höhe der Einsparung bei</u>					
	<u>Titel 537 30 überschritten werden.</u>					
	<u>3.</u>					
	<u>Nach § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO</u>					
	<u>wird zugelassen, daß Öffentlich-</u>					
	<u>ungen und Informationsmaterial</u>					
	<u>unentgeltlich abgegeben werden.</u>					
	<u>Untersuchungen im Rahmen eines</u>					
	<u>Forschungsvorhabens zur Vermind-</u>					
	<u>erung der Emissionen von Stick-</u>					
	<u>stoffoxiden und organischen Ver-</u>					
	<u>bindungen</u>					
<u>537 30</u>			0		+800.000	800.000
<u>254</u>						

Haushalt 1995

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Anderungen sind unterstrichen)	Erhöhung Herabsetzung		neuer Ansatz DM
		bisheriger Ansatz DM	(+) (-) DM	

Haushaltsvermerk:

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Siehe Deckungsvermerk bei
Titel 531 00.

Einzelplanabschluss Epl. 10:

Gesamteinnahmen :	522.019.000	0	522.019.000
Gesamtausgaben :	1.628.445.200	0	1.628.445.200
Verpflichtungsermächtigungen:	522.448.500	0	522.448.500